

A 2 TOP 10.1 Aufwandsentschädigung für Vorstandsmitglieder und Erhöhung der Mitgliedsbeiträge an den Landesjugendring

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 Die Vollversammlung möge beschließen:

2
3 Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. soll die Möglichkeit haben, den
4 Mitgliedern des Vorstandes jeweils eine monatliche Aufwandsentschädigung von
5 maximal 150 Euro, statt wie bisher 100 Euro, zu zahlen. Dazu sind bei vier
6 Personen jährlich 2.400 Euro an zusätzlichen Einnahmen erforderlich.

7
8 Zur Finanzierung der Aufwandsentschädigungen und gestiegener Mitgliedsbeiträge
9 der Bundesvereinigungen werden die Mitgliedsbeiträge der Verbände im
10 Landesjugendring ab dem Jahr 2026 erhöht. Die Erhöhung für Sammelverbände
11 erfolgt um 40% auf 1.456 Euro (bisher 1.040 Euro), die Erhöhung für
12 Einzelverbände erfolgt um 20% auf 748 Euro (bisher 623 Euro).

13
14 Die genauen Modalitäten zur Einrichtung und Umsetzung der
15 Aufwandsentschädigungen regelt der Hauptausschuss.

Begründung

16 Die Aufwandsentschädigung für die Vorstandstätigkeit soll die Mitarbeit im
17 Vorstand des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz e.V. attraktiver gestalten. Seit
18 der Festsetzung des Betrages auf 100 Euro im Jahr 2002 hat laut Inflationsrate
19 eine Teuerung um 50% stattgefunden. Die Anhebung der Aufwandsentschädigung von
20 100 Euro auf 150 Euro dient dem Inflationsausgleich.

21
22 Der Mitgliedsbeitrag für Landesjugendringe im Deutschen Bundesjugendring lag im
23 Jahr 2024 bei 460 Euro und wurde auf Beschluss der Vollversammlung des Deutschen
24 Bundesjugendringes am 26./27.10.2024 erhöht auf 920 Euro im Jahr 2025 und 1.380
25 Euro im Jahr 2026.

26
27 Für die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe wurde
28 der Beitrag von 120 Euro (bis 2023) auf 300 Euro ab 2024 erhöht.

A 3 Format NEU TOP 10.2 Generationengerechtigkeit – Politik für junge Menschen heute gestalten und die Verantwortungsträger*innen für die Zukunft ausstatten!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 „Generationengerechtigkeit ist nicht länger nur eine Nischenidee oder abstrakte
2 Philosophie. Wir alle sind in der Verantwortung zu reflektieren und es besser zu
3 machen. Wenn wir uns in der Welt umsehen, die wir zukünftigen Generationen
4 hinterlassen – ist das wirklich alles, was wir tun können? Wir müssen heute für
5 ein besseres Morgen eintreten.“¹

6 Sophie Howe, Future Generationes Comissioner for Wales

7 **Adressat*innen:**

8 o Landesregierung

9 o demokratischen Fraktionen der Landespolitik

10 Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, die
11 Bedürfnisse junger Menschen in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen
12 für eine generationengerechte, demokratische und nachhaltige Zukunft. Der
13 Landesjugendring, als Zusammenschluss der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz
14 setzt sich dafür ein, dass die Politik heute Voraussetzungen schafft, die jungen
15 Menschen eine Gesellschaft bieten, in der sie bereit sind, sich einzubringen und
16 politische sowie gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Jugendverbände
17 tragen maßgeblich dazu bei, dass sich junge Menschen schon früh demokratisch
18 bilden und befähigen sie dazu aktive Akteur*innen in Gesellschaft und Politik zu
19 sein. Für eine generationengerechte Zukunft braucht es finanzielle Mittel für
20 die Teilhabe junger Menschen und wirksame Beteiligungsmöglichkeiten sowie die
21 Hinführung junger Menschen an politische Aufgaben, um zukünftig selbst
22 politische Verantwortung übernehmen zu können. Darüber hinaus müssen Bedingungen
23 geschaffen werden, um junge Menschen politisch stärker wahrzunehmen und die
24 Politik muss die gerechte Teilhabe aller Generationen sicherstellen. Dabei darf
25 nicht der prozentuale Anteil verschiedener Generationen im Vordergrund stehen,
26 sondern deren Relevanz für die Zukunft.

27 Wir fordern daher:

- 28 1. In Anlehnung an das Bundesjugendkuratorium und unser Positionspapier zur
29 Anerkennung von Adultismus als Diskriminierungsform einen Minderheitenschutz
30 junger Menschen im Hinblick auf Altersdiskriminierung.
- 31 2. Investitionen in die junge Generation, statt an ihnen zu sparen. “Eine
32 dogmatische Austeritätspolitik³ bedeutet: Es wird nicht für junge Menschen
33 gespart, sondern an Ihnen.“⁴
- 34 3. Das Mitdenken der Interessen und Bedürfnisse junger Menschen sowie der
35 Auswirkungen auf diese in allen politischen Bereichen und Entscheidungen – nicht
36 nur im Bereich der Bildungs- und Familienpolitik. Konkret heißt das u. a. die
37 Einführung des Jugend-Checks in Rheinland-Pfalz!
- 38 4. Die Vermittlung politischer Inhalte in einfacher und verständlicher Sprache,
39 um Kindern und Jugendlichen eine echte Teilhabe an politischen Prozessen zu
40 ermöglichen.
- 41 ff4. Den Auf- und Ausbau politischer Strukturen für eine generationengerechte
42 Berücksichtigung der Interessen in allen politischen Bereichen.
- 43 5. Die Stärkung der Demokratie für die Zukunft. Junge Menschen brauchen eine
44 wehrhafte Demokratie, die sich erfolgreich gegen Rechtsextremismus und
45 Antifeminismus einsetzt.
- 46
- 47
- 48 6. Eine Klimapolitik, die auf Klimagerechtigkeit setzt und so nur mit sozialer
49 Gerechtigkeit funktioniert. Dazu gehören eine umfassende Reduktion der
50 Treibhausgasemissionen auf ein absolutes Minimum, um zum Schutz jüngerer
51 Generationen so schnell wie möglich Klimaneutralität zu erreichen sowie
52 Maßnahmen, um die Auswirkungen der Klimakatastrophen zu mindern.
- 53 7. Eine Umweltpolitik, die eine intakte natürliche Umwelt und somit den Erhalt
54 der Lebensgrundlagen durch einen nachhaltigen und suffizienten Umgang mit
55 Ressourcen und den weltweiten Schutz von Ökosystemen und der Biodiversität
56 sicherstellt.
- 57 7. Eine Sozialpolitik, die demographische Entwicklungen frühzeitig erkennt und
58 entsprechende Vorkehrungen trifft – sei es im Bereich der Rente, der
59 Gesundheitspolitik, in der Pflege oder anderen relevanten Bereichen. Das
60 aktuelle System des Generationenvertrages schränkt die nachfolgenden
61 Generationen finanziell massiv ein.
- 62 8. Einen Focus auf junge Arbeitnehmende bei allen Arbeitsbezogenen
63 Entscheidungen. Wer heute Arbeitsrechte, wie das Arbeitszeitgesetz, oder das
64 Streikrecht angreift, trifft auf Dauer vor allem junge Menschen.
- 65 8. Den Ausbau von formellen und informellen Partizipationsmöglichkeiten junger
66 Menschen, die effektive Teilhabe ermöglichen – von Zuschauer*innen zu
67 Akteur*innen.
- 68 9. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre – auch, um der generationalen
69 Verschiebung der Wahlberechtigten bedingt durch die Alterung der Gesellschaft
70 entgegenzuwirken.
- 71 10. Den Ausbau und die Unterstützung von Jugend(verbands-)arbeit. Dafür bedarf
72 es ausreichender finanzieller Mittel.
- 73 11. Den Ausbau politischer sowie Demokratiebildung in Schule und
74 außerschulischen Lernorten wie der Jugendverbandsarbeit.

75 12. Die Berücksichtigung migrationsgesellschaftlicher Generationenunterschiede
76 in dem Diskurs über Generationengerechtigkeit.

77 Wir fordern die Aushandlung eines neuen Generationenvertrags, der die aktuellen,
78 veränderten Entwicklungen in den Blick nimmt und der jungen Generationen gute
79 Voraussetzungen bietet, dass sie willens und in der Lage sind Verantwortung für
80 unsere Gesellschaft zu übernehmen!

Begründung

81 Die Basis für die Frage nach Generationengerechtigkeit bietet die gerechte
82 Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen den Generationen und die Frage danach,
83 was die eigene Generation den nachfolgenden Generationen schuldet.⁵ Sie bietet
84 eine wichtige Grundlage für gerechte, demokratische und nachhaltige politische
85 Entscheidungen. Generationengerechtigkeit ist dabei ein Mittel, der
86 Diskriminierung junger Menschen in Form von Adultismus⁶ etwas entgegenzusetzen.
87 Im Folgenden wird die Relevanz von Generationengerechtigkeit in politischen
88 Bereichen deutlich gemacht.

89
90 In Zeiten einer alternden Gesellschaft und einer Wählerschaft, bei der deutlich
91 mehr als die Hälfte der Wähler*innen 50 Jahre oder älter ist,⁷ muss
92 Generationengerechtigkeit ganz besonders in den Blick genommen werden.
93 Spätestens die Klimaproteste und das Aufkommen von Friday's for Future haben
94 eindrücklich gezeigt: junge Menschen haben politische und gesellschaftliche
95 Anliegen, die im politischen Alltag nur wenig Beachtung finden. Sie haben damit
96 den Begriff der (Generationen-)Gerechtigkeit regelrecht politisiert.⁸
97 Ökonomische Krisen verschärfen die Ungleichheit zwischen älteren und jüngeren
98 Generationen weiterhin.⁹ Als junger Mensch Einfluss zu nehmen auf politische
99 Entscheidungen ist schwer, wenn man bedenkt, dass junge Menschen eine Minderheit
100 der Wahlberechtigten und auch als politische Akteur*innen in den Parlamenten
101 unterrepräsentiert sind. Nur 50 der 735 Bundestagsabgeordneten sind jünger als
102 30 Jahre¹⁰ (entspricht 6,8%), während die Unter-30-Jährigen in der
103 Gesamtbevölkerung 29,7%¹¹ beziehungsweise 14,4%¹² der Wahlberechtigten
104 ausmachen. Zugleich betreffen die meisten Krisen wie Klimakrise, Finanzkrise und
105 auch die Coronakrise junge Menschen am stärksten.¹³ Um der immer größer
106 werdenden Diskrepanz in der Repräsentation der Interessen junger Menschen
107 entgegenzuwirken, kann die **Absenkung des Wahlalters auf 16** Jahre ein erster
108 kleiner Schritt sein.

109
110 Die politischen und gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft, wie zum Beispiel
111 die Stärkung der Demokratie, die Abwehr von rechtsextremistischen Tendenzen¹⁴,
112 der damit einhergehende Antifeminismus¹⁵, die Durchsetzung einer nachhaltigen
113 Entwicklung mit dem Hintergrund der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele¹⁶, müssen
114 mit großer Energie angegangen werden. Aber auch sozialpolitische Fragen müssen
115 jetzt angedacht, geplant und umgesetzt werden, um jungen Menschen gute
116

117 Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu sichern.

118

119 In den letzten Jahren wurden besonders Kinder im Rahmen der Familienpolitik in
120 den Fokus genommen. Zu einer Familie gehören aber nicht nur Eltern und Kinder im
121 Sinne von Kindern im Grundschulalter, sondern auch Jugendliche und junge
122 Erwachsene, deren Bedürfnissen Beachtung geschenkt werden muss. Im Hinblick auf
123 die junge Generation werden politisch oft Pflichten formuliert, selten aber
124 stehen die Interessen dieser Menschen im Vordergrund.¹⁷ Damit junge Menschen
125 aktive Akteur*innen im Wandel sein können, müssen sie als solche anerkannt und
126 an Entscheidungen beteiligt werden.¹⁸ Dazu gehört, den jungen Menschen **echte**
127 **Teilhabe sowohl in Form von formellen als auch informellen**
128 **Partizipationsmöglichkeiten** zuzugestehen. Denn wie sollen junge Menschen
129 zukünftig politische Verantwortung übernehmen, wenn sie von politischen
130 Prozessen weitestgehend nicht berücksichtigt und nicht daran herangeführt
131 werden?
132

132

133 Außerschulische Bildungsorte wie die Jugendverbandsarbeit gelten nicht umsonst
134 als „Werkstätten der Demokratie“. Hier lernen Kinder- und Jugendliche
135 demokratische Prozesse kennen und üben diese ein. Dadurch werden sie darin
136 unterstützt und befähigt zu aktiven Bürger*innen heranzuwachsen. Für den **Ausbau**
137 **politischer Bildung an außerschulischen Lernorten braucht es ausreichender**
138 **finanzieller Mittel**. Frühe Erfahrungen der Wirksamkeit sind enorm wichtig und
139 entscheidend für die politische Sozialisation und für die (spätere)
140 Partizipationsbereitschaft.¹⁹
141

141

142 Nicht nur auf demokratische Prozesse bezogen, sondern auch im Bereich der
143 Fiskalpolitik, muss die Generationengerechtigkeit in den Blick genommen werden.
144 Generationengerechtigkeit findet neben den demografischen Entwicklungen
145 insbesondere durch die Krise von Sozialversicherungssystemen immer mehr
146 Beachtung.²⁰ Wir schließen uns den Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings
147 an, **dass in junge Menschen investiert werden muss statt an ihnen zu sparen**.⁴
148 Einsparungen in der Klimapolitik verursachen langfristig Folgekosten, die von
149 nachfolgenden Generationen getragen werden müssen.⁴ Statt diese Kosten auf
150 nachfolgende Generationen abzuwälzen, sollte so früh wie möglich in
151 Klimapolitik, aber auch in sämtliche Bereiche, die junge Menschen befähigen an
152 Gesellschaft und Politik teil zu haben, investiert werden.⁴ Insbesondere in der
153 Klimapolitik dürfen Kinder- und Jugendliche nicht nur als Opfer gesehen werden,
154 sondern müssen als aktive Akteur*innen befähigt und ernst genommen werden.¹⁸
155

155

156 Es darf nicht vergessen werden, dass junge Menschen eine Vielfalt an Interessen
157 und Bedürfnissen mitbringen. Die Interessen junger Menschen liegen nicht nur in
158 den öffentlich oft der Jugend zugeschriebenen Bereichen wie Bildungs- und
159 Familienpolitik, sondern ziehen sich durch alle Lebensbereiche. Es geht darum
160 **Jugend und ihre Interessen in ALLEN Bereichen der Politik zu berücksichtigen** und
161 zukunftsgerichtete Entscheidungen zu treffen. Für viele Entscheidungen, die
162 heute getroffen werden, sind die Folgen und zukünftigen Herausforderungen für
163 die junge und zukünftige Generationen noch gar nicht absehbar.²¹ Dennoch ist es

164 wichtig, junge Menschen in diese Entscheidungen miteinzubeziehen und ihre
165 Interessen und Bedürfnisse mitzudenken, da sie auch diejenigen sind, die mit den
166 Folgen zu leben haben. Im Sinne dessen ist es unumgänglich **generationengerechte**
167 **politische Strukturen zu etablieren** und langfristig auszubauen.

168
169 Ein wichtiger Faktor, der ebenfalls berücksichtigt werden muss: Die Generation
170 junger Menschen ist keine homogene, sondern eine höchst heterogene Gruppe. Wie
171 das Bundesjugendkuratorium richtig feststellt, müssen
172 **migrationsgesellschaftliche Generationenunterschiede und Dynamiken ebenfalls**
173 **berücksichtigt** werden.²¹ Auch hier spielen adäquate Repräsentation und
174 Beteiligungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle.

175
176 Wir fordern eine Gesellschaft, die junge Menschen respektiert, ihnen
177 entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten bietet, ihre Interessen ernst nimmt und
178 Politik, die gute Voraussetzungen schafft und Verantwortung übernimmt für eine
179 Generation, die morgen die Gesellschaft tragen soll. Wir als Jugendverbände
übernehmen diese Verantwortung bereits im Rahmen unserer Möglichkeiten.

180

181 ¹ Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen:
182 <https://generationengerechtigkeit.info/> (09.12.2024).

183
184 ²Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger
185 Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt
186 07/2024, S. 1-4.; Landesjugendring Rheinland-Pfalz 2021: Adultismus als erste
187 erlebte Diskriminierungsform junger Menschen erkennen und Strategien zur
188 umfassenden Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen entwickeln.
189 Positionspapier, [https://www.ljr-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/114-vv-2021/f/03-adultismus-2021)
190 [rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/114-vv-2021/f/03-adultismus-2021)
191 [positionen/beschluesse-der-vollversammlung/114-vv-2021/f/03-adultismus-2021](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/114-vv-2021/f/03-adultismus-2021)
192 (15.11.2024).

193
194 ³ Austerität leitet sich aus dem Griechischen ab und „bezeichnet eine strenge
195 staatliche Spar- und Haushaltskonsolidierungspolitik“ (Schubert, Klaus/Klein,
196 Martina 2020: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz.
197 Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.)

198
199 ⁴ Deutscher Bundesjugendring 2024: Forderungen für eine jugend- und
200 generationengerechte Fiskalpolitik. Positionspapier,
201 [https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-](https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik)
202 [generationengerechte-fiskalpolitik](https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik) (11.11.2024).

203
204 ⁵ Schefczyk, Michael 2016: Generationengerechtigkeit, in: Goppel, Anna/Mieth,
205 Corinna/Neuhäuser, Christian (Hrsg.): Handbuch Gerechtigkeit, Heidelberg/Berlin:
206 J.B. Metzler, S. 130-137; Wir beziehen uns im weiteren Verlauf ausschließlich

207 auf Generationengerechtigkeit im Hinblick auf junge Menschen. Die Frage nach
208 Generationengerechtigkeit stellt sich aber auch für vorangegangene Generationen,
209 zum Beispiel im Rahmen von Wiedergutmachungspflichten (siehe Schefczyk 2016).
210

211 ⁶ Adultismus meint die Diskriminierung junger Menschen aufgrund ihres Alters
212 resultierend aus einem ungleichen Machtverhältnis zwischen Jugendlichen/jungen
213 Menschen und Erwachsenen.
214

215 ⁷ Bundeszentrale für politische Bildung 2022: [https://www.bpb.de/kurz-](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/506248/wahlberechtigte/)
216 [knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/506248/wahlberechtigte/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/506248/wahlberechtigte/) (11.11.2024).
217

218 ⁸ Knappe, Henrike/Renn, Ortwin 2022: Politicization of Intergenerational
219 Justice. How Youth Actors Translate Sustainable Futures, in: European Journal of
220 Futures Research 10 (6).
221

222 ⁹ Favretto, Anna R./Balduzzi, Giacomo 2020: Intergenerational Justice as
223 Intergenerational Inclusion. New Challenges for Welfare Systems, in: Journal of
224 Institutional Studies 3, S. 1417-1435.
225

226 ¹⁰ Deutscher Bundestag 2021:
227 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw39-wahlstatistik-863722>
228 (11.11.2024).
229

230 ¹¹ Zensus 2022:
231 [https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-](https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-1001)
232 [1001](https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-1001) (11.11.2024).
233

234 ¹² Bundeswahlleiterin 2021:
235 [https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-](https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html)
236 [2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html](https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html) (11.11.2024).
237

238 ¹³ Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger
239 Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt
240 07/2024, S. 1-4; Sanson, Ann V./Burke, Susie E. L. 2020: Climate Change and
241 Children: An Issue of Intergenerational Justice, in: Balvin/Nikola/Christie,
242 Daniel J. (Hrsg.): Children and Peace. From Research to Action. Cham: Springer,
243 S. 343-362.
244

245 ¹⁴ Siehe Position des LJR Rheinland-Pfalz zum Thema: Landesjugendring Rheinland-
246 Pfalz 2024: Demokratie bewahren und stärken. Positionspapier, [https://www.ljr-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken)
247 [rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken)
248 [positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken)
249 [demokratie-bewahren-und-staerken](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken) (09.12.2024).
250

251 ¹⁵ Siehe Position des LJR Rheinland-Pfalz zum Thema: Landesjugendring Rheinland-
252 Pfalz 2024: Für Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Geschlechtervielfalt –
253 NEIN zu Antifeminismus. Positionspapier, [https://www.ljr-](https://www.ljr-rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-demokratie-bewahren-und-staerken)

254 [rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-
positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-nein-
zu-antifeminismus](https://www.rlp.de/Medien/herunterladen/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-
255 positionen/beschluesse-der-vollversammlung/117-vv-2024/f/117-vv-position-nein-
256 zu-antifeminismus) (09.12.2024).

257

258 ¹⁶ Die Bundesregierung: Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele verständlich
259 erklärt, Agenda 2030: Unsere Nachhaltigkeitsziele | Bundesregierung
260 (09.12.2024).

261

262 ¹⁷ Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger
263 Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt
264 07/2024, S. 1-4.

265

266 ¹⁸ Sanson, Ann V./Burke, Susie E. L. 2020: Climate Change and Children: An Issue
267 of Intergenerational Justice, in: Balvin/Nikola/Christie, Daniel J. (Hrsg.):
268 Children and Peace. From Research to Action. Cham: Springer, S. 343-362.

269 ¹⁹ Quintelier, Ellen 2015: Engaging Adolescents in Politics. The Longitudinal
270 Effect of Political Socialization Agents, in: Youth & Society 47 (1), S. 51-69.

271

272 ²⁰ Tremmel, Jörg 2021: Generationengerechtigkeit, in: Aßländer, Michael S.
273 (Hrsg.): Handbuch Wirtschaftsethik, 2. Aufl., Heidelberg/Berlin: J.B. Metzler,
274 S.719-722.

275

276 ²¹ Bundesjugendkuratorium 2024: Generationengerechtigkeit. Die Rechte junger
277 Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, in: Zur Diskussion gestellt
278 07/2024, S. 1-4.

A 4 TOP 10.3 Gerechte Jugendpolitik heißt Armutsbekämpfung!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 **Adressat*innen:** die Vollversammlung des LJR

2 Die Vollversammlung beauftragt den Vorstand und den Hauptausschuss mit der
3 Fortführung und Einrichtung der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendarmut als
4 Gremium des Landesjugendrings. Kinder- und Jugendarmut muss ein Schwerpunktthema
5 des LJR werden, denn Jugendpolitik heißt Teilhabe und umfassende Teilhabe für
6 alle Kinder und Jugendliche ist nur durch Armutsbekämpfung gewährleistet!
7

8 Die AG Kinder- und Jugendarmut hat das Ziel,

- 9 • den Vorstand/die Verbände zu Kinder- und Jugendarmut zu beraten und politische
10 Forderungen zu entwickeln,
11 • das Thema wiederkehrend zu platzieren und auf die Agenda zu setzen,
12 • Information, Sensibilisierung und Fortbildung der Verbände zu fördern,
13 • über aktuelle Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.
14

15 Dies schließt mit ein:

16 Verbände stellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Handlungs- und
17 Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene bereit,
18 Förderbedarfe aufzuzeigen und sich für niedrighschwelligen Zugang zu
19 Fördermöglichkeiten einzusetzen.

Begründung

20 Die AG Kinder- und Jugendarmut wurde durch einen im Hauptausschuss 2024
21 angenommenen Beschluss („Kinder- und Jugendarmut geht uns alle an“) ins Leben
22 gerufen, der ursprünglich aus einer Auseinandersetzung mit der für 2025
23 geplanten Kindergrundsicherung resultierte. Nach der Aufnahme der Arbeit der AG
24 und dem Scheitern der Einführung der Kindergrundsicherung wurde schnell klar,
25 dass das Thema Kinder- und Jugendarmut jedwede mögliche Unterstützung benötigt,
26 um sowohl in den Medien als auch in der Politik präsent zu bleiben. Denn
27 aktuelle Statistiken und Studien (siehe unten) zeigen deutlich, dass das Problem
28 der Armut und Armutsgefährdung unter Kindern und Jugendlichen keineswegs

29 abnimmt, sondern auf einem alarmierend hohen Niveau verharrt. Alleine in
30 Rheinland-Pfalz gilt mehr als jedes fünfte Kind als armutsgefährdet; Brennpunkte
31 sind hauptsächlich Städte wie Pirmasens, Ludwigshafen und Kaiserslautern.
32 Gleichzeitig wird bei einer Auseinandersetzung mit den bereits bestehenden
33 Fördermöglichkeiten und Ansätzen zur Eindämmung von Kinder- und Jugendarmut
34 deutlich, dass Vereinen und Verbänden – auch von Seiten der Politik – eine nicht
35 zu unterschätzende Aufgabe zufällt, denn diese haben häufig den bei staatlichen
36 Institutionen fehlenden Zugang zu den Betroffenen.¹ Nicht zuletzt aus diesem
37 Grund ist es ein Hauptanliegen der AG Kinder- und Jugendarmut, Kinder- und
38 Jugendverbandsarbeit für alle zu ermöglichen und den Verbänden und Vereinen die
39 bestmögliche Unterstützung zu liefern.

40
41 Obwohl Armut oder Armutsgefährdung gerade im Hinblick auf Chancengleichheit,
42 Bildung und kulturelle Teilhabe keine Ausschlusskriterien sein sollten, sind sie
43 dies häufig. Faktoren wie das Aufwachsen in prekären Familienverhältnissen
44 jeglicher Art, ein Migrationshintergrund, das Leben mit Behinderung oder
45 chronischen Erkrankungen und das Aufwachsen in alternativen Formen der Betreuung
46 sowie weitere Start- und Rahmenbedingungen wirken sich zumeist von Geburt an auf
47 die Armutsgefährdung einer Person aus.² All diese Faktoren sind bereits seit
48 einigen Jahren als deutliche Probleme unserer Gesellschaft benannt worden,³ die
49 für die Betroffenen teils ein ganzes Leben lang Nachwirkungen mit sich ziehen
50 und einen Ausstieg aus der Armutspirale enorm erschweren. Eine Verbesserung der
51 Lage in Armut lebender oder armutsbedrohter Kinder und Jugendlicher ist jedoch
52 in den letzten Jahren trotz dieser Erkenntnisse nicht erfolgt. Vielmehr ist nach
53 dem kurzen Anstieg der Auseinandersetzung mit dem Thema im Rahmen des Scheiterns
54 der Kindergrundsicherung 2024 der Eindruck entstanden, dass das Thema von Seiten
55 der Politik nicht weiterverfolgt wird und keinerlei Priorität mehr besitzt.⁴
56 Dabei fördert der Zugang zu Bildung nachweislich die Demokratisierung sowie die
57 Chancengleichheit und schützt vor Radikalisierung⁵ – wodurch gleich einer
58 weiteren aktuellen Herausforderung aktiv entgegengewirkt werden könnte. Aus
59 diesem Grund sehen wir auch hier dringenden Handlungsbedarf und setzen uns als
60 Jugendverbände verstärkt für die Präsenz der Thematik in der Politik ein.

61
62 Ebenso ist auch die Bedeutung von Bildung und Kultur für die Armutsbekämpfung
63 bereits erkannt worden,⁶ doch – gleichwohl wie im Falle der Kindergrundsicherung
64 – lässt die Verwirklichung der Teilhabe in diesen beiden Punkten zu wünschen
65 übrig. Wenn dazu ebenfalls bei diesem Punkt – wie oben bereits angeklungen – von
66 Regierungsseite derart auf die Beteiligung und Unterstützung von Verbänden und
67 Vereinen gezählt wird,⁷ sollten die zu diesem Zweck ins Leben gerufenen
68 Fördermöglichkeiten⁸ unbedingt niedrigschwelliger gestaltet werden! Die
69 Antragsstellung für die einschlägigen Fördermaßnahmen ist sowohl für
70 Privatpersonen als auch für Verbände und Vereine häufig mit zu hohen Hürden,
71 einem enormen Arbeitsaufwand, einer hohen Bringschuld sowie kurzen Fristen
72 verbunden. Gleichzeitig sind die Beantragungsprozesse für Privatpersonen bei
73 Behörden oder im (Schul)Alltag extremst schambehaftet, da fast immer einer*
74 einem Leiter*in bzw. einer Person des Lehrpersonals die eigene prekäre Situation
75 offengelegt werden muss.⁹ Hier muss dringend an niedrigschwelligeren Lösungen

76 für alle Beteiligten gearbeitet werden!

77
78 Eine weitere diesbezügliche Herausforderung für Verbände und Vereine stellt die
79 Erreichbarkeit der armutsgefährdeten oder armutsbetroffenen Kinder und
80 Jugendlichen dar. Denn Kinder und Jugendliche, die in Familien mit finanziellen
81 Defiziten aufwachsen, sind weitaus weniger in Vereinen und Verbänden aktiv oder
82 besuchen deutlich weniger Kulturveranstaltungen, als Kinder und Jugendliche aus
83 einem finanziell gesicherten Haushalt.¹⁰ Aus diesem Grund möchten wir uns
84 insbesondere für kostenlose und niedrigschwellige Angebote sowie für die
85 Unterstützung bei der Beantragung von Fördergeldern aussprechen – dies ist
86 allerdings nicht möglich, wenn die Förderungen für die Kinder- und Jugendarbeit
87 ständig sinken oder sogar gestrichen werden! Auch hier bedarf es einer
88 öffentlichkeitswirksamen, dauerhaften Strategie.

89
90 Insbesondere der letzte Punkt zeigt die Notwendigkeit der permanenten
91 Platzierung des Themas Kinder- und Jugendarmut in Presse und Politik aus der
92 expliziten Sicht der Verbände und Vereine deutlich auf. Genau hier möchten wir
93 als AG Kinder- und Jugendarmut ansetzen, um unseren Vereinen und Verbänden als
94 kompetente Ansprechpartner*innen zur Seite zu stehen und, um das wichtige Thema
95 Kinder- und Jugendarmut angemessen in der Politik präsent zu halten.

96

97 **Fußnoten:**

98 ¹ Siehe „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ des Landes Rheinland-Pfalz, S. 28;
99 „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, S. 22; 24.

100 ² Siehe „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, S. 13ff.; 20.

101 ³ „Internationale Studien bescheinigen Deutschland einen besonders starken
102 Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Armutsgefährdung.“ („Aktionsplan zur
103 Armutsbekämpfung“ des Landes Rheinland-Pfalz, S. 15) „Empirisch belegt sind
104 unter anderem Zusammenhänge zwischen den Faktoren Bildung, Gesundheit,
105 Erwerbslosigkeit und Einkommen. Personen, die einen niedrigen Bildungsabschluss
106 haben, tragen zugleich ein höheres Risiko, arbeitslos und in prekären
107 Einkommenslagen zu sein. Auch Krankheit und ein geringer Bildungsstand der
108 Eltern sind mit geringeren materiellen Ressourcen assoziiert.“ („Neue Chancen
109 für Kinder in Deutschland“, S. 20)

110 ⁴ Vgl. die Ambitionen der Bundesregierung bezüglich der Kindergrundsicherung wie
111 in „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, S. 24f. beschrieben. Verstärktes
112 Engagement für Kinder und Jugendliche wird bereits im „Aktionsplan zur
113 Armutsbekämpfung“ des Landes Rheinland-Pfalz von 2020 gefordert. (S. 8, 11f.;
114 14ff.)

115 ⁵ Siehe „Kräfte bündeln, Zukunft gestalten“, S. 36.

116 ⁶ Siehe „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ des Landes Rheinland-Pfalz, S. 24ff.;
117 „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, S. 20, 32f.; Walper/Riedel 2011.

118 ⁷ Vgl. „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“, S. 29f.; 35f. Die wichtige Rolle der
119 Verbände und Vereine bei der Umsetzung der Regierungsvorhaben ist sogar in einer
120 Studie untersucht worden. („Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, S. 52ff.)

121 ⁸ Eine Sammlung der aktuellen Fördermöglichkeiten wird derzeit von der AG
122 Kinder- und Jugendarmut vorbereitet. Ein Verzeichnis von bundesweiten
123 Fördermöglichkeiten und Maßnahmen findet sich in „Neue Chancen für Kinder in
124 Deutschland“ ab S. 62.

125 ⁹ Siehe „Kräfte bündeln, Zukunft gestalten“, S. 37.

126 ¹⁰ Siehe Walper/Riedel 2011, S. 14. Studien belegen zudem, dass der
127 Bildungsstand der Eltern ausschlaggebend für die frühkindlichen Lernerfahrungen
128 und die aus ihnen resultierende Teilhabe ist. (Siehe ebd. S. 14f.) Auch hier
129 kann sich die Mitgliedschaft in einem Verband oder einem Verein positiv auf die
130 kindliche Entwicklung und somit die Teilhabe auswirken.

133 **Quellen und Hintergründe:**

134
135 Auch in Rheinland-Pfalz ist mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht.
136 Insgesamt waren 143.647 und damit rund 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen
137 unter 18 Jahren im Jahr 2021 armutsgefährdet.
138 Stark betroffen waren, wie auch bundesweit zu beobachten, besonders Kinder von
139 Alleinerziehenden (44,1 Prozent) und Familien mit drei oder mehr Kindern (30,2
140 Prozent). Bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren waren 22 Prozent von
141 Armut bedroht.

142 **Quelle:** „Factsheet Kinder- und Jugendarmut“

- 143 • „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ des Landes Rheinland-Pfalz (2020):
144 https://mastd.rlp.de/fileadmin/06/04_Soziales/Soziales_Dokumente/Aktionsplan_Armutbekämpfung_11-122020.pdf
145
146
147 • „Ein Versprechen an die Jugend“: Zusammenfassung des UNICEF-Berichts (2023):
148 <https://www.unicef.de/informieren/materialien/zusammenfassung-des-berichts-ein-versprechen-an-die-jugend/339314>
149
150 • „Factsheet Kinder- und Jugendarmut“ der Bertelsmann Stiftung zum Thema Kinder-
151 und Jugendarmut (2023): <https://www.bertelsmann->
152

- 153 [stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-](https://www.stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-)
154 [_und_Jugendarmut_2023.pdf](https://www.stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-)
- 155 • „Generationengerechtigkeit“: Diskussionspapier des Bundesjugendkuratoriums zur
156 Generationengerechtigkeit (mit den Unterpunkten Teilhabe, Bildung, Armut und
157 Grundsicherung) (2024):
158 <https://bundesjugendkuratorium.de/presse/generationengerechtigkeit-fuer-junge->
159 [menschen.html](https://bundesjugendkuratorium.de/presse/generationengerechtigkeit-fuer-junge-)
- 160 • „Jugend ermöglichen!“, Broschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht (32018):
161 <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/114190/be92bf1a08ec1d45578d06eb9bd49d18/juge->
162 [nd-de/resource/blob/114190/be92bf1a08ec1d45578d06eb9bd49d18/jugend-ermoeglichen-](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/114190/be92bf1a08ec1d45578d06eb9bd49d18/juge-)
163 [jugendbroschuere-zum-15-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/114190/be92bf1a08ec1d45578d06eb9bd49d18/juge-)
- 164 • „Kinderarmut in Deutschland“: Informationen von Save the Children zum Thema
165 Kinderarmut (zuletzt aufgerufen am 13.02.2025):
166 <https://www.savethechildren.de/informieren/themen/kinderarmut-in-deutschland/>
- 167 • „Kinderarmut inmitten von Wohlstand“: Zusammenfassung der aktuellen UNICEF-
168 Studie (2023):
169 [https://www.unicef.de/ cae/resource/blob/344088/43de6b4ef81b7b67afe87c9bd43686af-](https://www.unicef.de/cae/resource/blob/344088/43de6b4ef81b7b67afe87c9bd43686af-)
170 [de/ cae/resource/blob/344088/43de6b4ef81b7b67afe87c9bd43686af/report-card-18-](https://www.unicef.de/cae/resource/blob/344088/43de6b4ef81b7b67afe87c9bd43686af-)
171 [zusammenfassung-de-data.pdf](https://www.unicef.de/cae/resource/blob/344088/43de6b4ef81b7b67afe87c9bd43686af-)
- 172 • „Kindergrundsicherung: Besser als nichts“: Impuls der Hans Böckler Stiftung
173 (2024): <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-kindergrundsicherung-besser->
174 [als-nichts-58539.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-kindergrundsicherung-besser-)
- 175 • „Kinder in Deutschland“: Bericht und Studienergebnisse von UNICEF zum Thema
176 Kinderarmut (2023): <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/->
177 [/bericht-kinder-in-deutschland-2023/339164](https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-)
- 178 • „Kindern eine Zukunft garantieren“: Bericht und Handlungsempfehlung von Save
179 the Children an die EU zum Thema Kinderarmut (2023):
180 https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Bericht-
181 [de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Berichte_Studien/2023/save-the-](https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Bericht-)
182 [children-kindern-eine-zukunft-garantieren-2023.pdf](https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Bericht-)
- 183 • „Kräfte bündeln, Zukunft gestalten“: Schattenbericht des DBJR zur wichtigen
184 Rolle von Bildung für die Chancen junger Menschen (2025):
185 <https://www.dbjr.de/artikel/kraefte-buendeln-zukunft-gestalten-beste-bildung->
186 [durch-eine-starke-zivilgesellschaft-ein-appell](https://www.dbjr.de/artikel/kraefte-buendeln-zukunft-gestalten-beste-bildung-)
- 187 • „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“: Nationaler Aktionsplan des BMFSFJ
188 (2023):
189 <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/231862/4e3eada93af3956e68861c92e3b88c0f/nati->
190 [de/resource/blob/231862/4e3eada93af3956e68861c92e3b88c0f/nationaler-aktionsplan-](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/231862/4e3eada93af3956e68861c92e3b88c0f/nati-)
191 [neue-chancen-fuer-kinder-in-deutschland-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/231862/4e3eada93af3956e68861c92e3b88c0f/nati-)
- 192 • Studie der Hans Böckler Stiftung zur Kindergrundsicherung (2024):
193 https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2024_03_08.pdf
- 194 • Zweiter Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz; besonders relevant für
195 unser Thema sind die Punkte 2.2, 2.3 und 3.1 (2015):
196 https://www.jugendgerecht.de/downloads/2_Kinder-_und_Jugendbericht_Rheinland-
197 [Pfalz.pdf](https://www.jugendgerecht.de/downloads/2_Kinder-_und_Jugendbericht_Rheinland-)
- 198 • Stellungnahme diverser zivilgesellschaftlicher Verbände und Stiftungen zur
199 Entbürokratisierung (2023): <https://www.stiftungbildung.org/wp->

- 200 [content/uploads/230424_Stellungnahme_Entbueroerkratisierung_StiftungBildung.pdf](#)
- 201 • Stellungnahme und Forderungen des Ratschlags Kinderarmut (2024):
- 202 [https://www.dbjr.de/artikel/ratschlag-kinderarmut-verabschiedet-gemeinsame-](https://www.dbjr.de/artikel/ratschlag-kinderarmut-verabschiedet-gemeinsame-erklaerung)
- 203 [erklaerung](#)
- 204 • „Politik vom Kind aus denken“: Info-Seite der Bertelsmann Stiftung zum Thema
- 205 Kinder, Familie und Bildung mit vielen Publikationen zum Thema Kinderarmut und
- 206 Teilhabe (zuletzt aufgerufen am 13.02.2025): [https://www.bertelsmann-](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/familie-und-bildung-politik-vom-kind-aus-denken#detail-content-193494-3)
- 207 [stiftung.de/de/unsere-projekte/familie-und-bildung-politik-vom-kind-aus-](#)
- 208 [denken#detail-content-193494-3](#)
- 209 • Walper, S./Riedel, B. (2011): Was Armut ausmacht. DJI Impulse, 1/2011(92/93),
- 210 S. 13–15: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/Was_Armut_ausmacht.pdf
- 211 • „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“: Arbeitshilfe des Deutschen
- 212 Kinderhilfswerks zum Thema Klassismus und Kinderarmut (2023):
- 213 [https://www.vielfalt-mediathek.de/material/zusammenleben-in-der-](https://www.vielfalt-mediathek.de/material/zusammenleben-in-der-migrationsgesellschaft/klassismus-und-kinderarmut?gad_source=5&gclid=EAlaIQobChMI963P5YnhigMVw5GDBx2wMzL_EAAYAAEgJux-kinderarmut?gad_source=5&gclid=EAlaIQobChMI963P5YnhigMVw5GDBx2wMzL_EAAYAAEgJux-fD_BwE)
- 214 [migrationsgesellschaft/klassismus-und-](#)
- 215 [kinderarmut?gad_source=5&gclid=EAlaIQobChMI963P5YnhigMVw5GDBx2wMzL_EAAYAAEgJux-](#)
- 216 [kinderarmut?gad_source=5&gclid=EAlaIQobChMI963P5YnhigMVw5GDBx2wMzL_EAAYAAEgJux-fD_BwE](#)

A 5 TOP 10.4 Erhöhung des Ausgleichsbetrags für Sonderurlaub

Antragsteller*in: Landesjugendring RLP e.V.
Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

Adressat*innen:

Landesregierung

Landespolitik

Die Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung sowie die Landespolitik erneut auf, das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit zukunftsorientiert anzupassen.

Das aktuell geltende Gesetz vom 5. Oktober 2001 in der Fassung vom 17. Dezember 2020 gewährt eine Erstattung eines Verdienstaufschlages von bis zu 70 Euro je Tag. Durch die zwischenzeitliche Steigerung von Lebenshaltungskosten sowie die Steigerung der Löhne seit 2020 entsteht heute ein deutlich größerer Verdienstverlust, welcher gleich doppelt schmerzt.

Daher fordert die Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz erneut die Lohnfortzahlung und volle Erstattung des Verdienstaufschlages an die Arbeitgeber*innen (und die damit verbundenen Nachteile beachtet, siehe Antrag 2019 - Ehrenamt, das muss man sich leisten können!) im Rahmen des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit und setzt sich dafür ein, dass dieses Gesetz entsprechend geändert wird. Ein Vorbild sind die Regelungen im § 42 sowie § 47 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB)..

Begründung

Das Landesgesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit sieht in § 4(1) vor, dass für jeden vollen Arbeitstag unbezahlter Freistellung auf Antrag einen Ausgleich bis zu einem Betrag von 70 Euro gewährt werden.

Seit der Novellierung des Gesetzes am 17. Dezember 2020 hat sich die Welt

31 deutlich verändert. Unter anderem stellten die Corona-Pandemie und den Krieg in
32 der Ukraine die bis dato bekannte Welt auf den Kopf. Ausgaben des täglichen
33 Lebens stiegen deutlich. Folglich wurden die Löhne von Arbeitnehmer*innen
34 angepasst.

35
36 Rheinland-Pfalz bezeichnet sich selbst als Ehrenamtsland. Ehrenamtliches und
37 bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule des gesellschaftlichen
38 Zusammenhalts und unverzichtbar für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

39
40 Ehrenamtliche setzten viel Zeit, Herzblut und private Finanzmittel für die
41 Tätigkeit ihren Heimatverband ein. Dabei nehmen diese den Einkommensverlust,
42 welchen Sie über den Tagessatz von 70 Euro bei Sonderurlaub hinaus haben,
43 zähneknirschend in Kauf.

44
45 Erfahrungsgemäß wird es jedoch immer schwieriger Menschen für die Übernahme von
46 ehrenamtlichen Aufgaben sowie wichtigen zeitintensiven Ämtern zu überzeugen. Um
47 die wichtige gesellschaftliche Säule des Ehrenamts zu stärken, braucht es unsers
48 Erachtens eine zukunftsorientierte Anpassung des Ausgleichsanspruchs bei
49 Sonderurlaub.

50
51 Wir dürfen keinesfalls zulassen, dass die Nachteile bei Sonderurlaub für
52 Ehrenamt zu einer Abwägung führen, die Ehrenamt verhindert. Lediglich eine
53 Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Sonderurlaub für Ehrenamt in der
54 Jugendarbeit sowie ein hälftiger Ausgleich des Verdienstverlusts ist weder
55 angemessen noch ausreichend.

56
57 Wir appellieren dringend an die Landesregierung, die Vertreter*innen des
58 Städtetages Rheinland-Pfalz und des Landkreistages Rheinland-Pfalz, sich in
59 ihren Bezügen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ehrenamt in der
60 Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz einzusetzen.

61
62
63 *Quelle:

64 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155304/umfrage/monatliche-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155304/umfrage/monatliche-nettoloehne-und-nettogehaelter-pro-kopf-quartale/)
65 [nettoloehne-und-nettogehaelter-pro-kopf-quartale/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155304/umfrage/monatliche-nettoloehne-und-nettogehaelter-pro-kopf-quartale/)

A 6 TOP 10.5 Keine Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 Adressat*innen:

2 Fraktion der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz
3 Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz
4 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
5 Fraktion der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz
6

7 Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz
8 Kooperationsorganisationen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

9 Der Landesjugendring möge die im Folgenden genannten Punkte, zur Ablehnung
10 direkter Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden sowie
11 die Aufforderung an alle demokratischen, im Landtag vertretenen Fraktionen,
12 nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, sofern dies vermeidbar ist, beschließen.
13

14 Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz lehnt die direkte Zusammenarbeit mit
15 demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden, wie der AfD, ab, es sei denn der
16 Ausschluss dieser demokratiefeindlichen Parteien und Verbände von
17 Veranstaltungen ist aufgrund ihres Rechts auf demokratische Teilhabe in keinster
18 Weise möglich. Der Landesjugendring verurteilt **zudem** das vergangene
19 Abstimmungsverhalten im Bundestag, bei dem die CDU- und FDP-Fraktion, sowie die
20 Gruppe des BSW es in Kauf genommen haben, eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD-
21 Fraktion fern der demokratischen Mitte zu bilden.
22

23 Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände verurteilen diesen Tabubruch
24 aufs Schärfste und fordern alle demokratischen Fraktionen im rheinland-
25 pfälzischen Landtag auf, diesen Fehler nicht auch auf Landesebene zu begehen und
26 in keinster Weise **auf direktem Weg** mit der AfD-Fraktion zusammenzuarbeiten.

Begründung

27 Demokratie lebt davon, dass demokratische Parteien und deren Abgeordnete in der
28 Lage sind untereinander zu reden und Lösungen sowie Kompromisse zu finden. Zum
29 ersten Mal seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 entstand
30 eine Mehrheit für einen Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag nur mit den
31 Stimmen der AfD. Des Weiteren wurde von der CDU-Fraktion versucht ein Gesetz,
32 das sogenannte „Zustrombegrenzungsgesetz“, mithilfe der Stimmen der AfD-Fraktion
33 zu verabschieden. Dies scheiterte unter anderem daran, dass mehrere FDP-
34 Abgeordnete, sowie ein paar wenige CDU-Abgeordnete nicht zur Abstimmung
35 erschienen.

36
37 Die AfD ist laut Verfassungsschutz bundesweit ein rechtsextremistischer
38 Verdachtsfall und gilt in drei Bundesländern bereits als gesichert rechtsextrem.
39 Einige Mitglieder der Partei, auch aus hohen Positionen, sind schon mehrfach
40 durch Nationalsozialistische Parolen sowie das Zeigen des Hitlergrußes
41 aufgefallen. Das geht soweit, dass man den Landesvorsitzenden und
42 Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen laut Gerichtsurteil als Faschisten
43 bezeichnen darf.

44
45 Das alles zeigt uns, dass die AfD nicht als demokratische Partei betrachtet
46 werden kann.

47
48 Für uns ist klar, dass mit Demokratiefeinden nicht zusammengearbeitet werden
49 darf, damit deren menschenverachtende Ideologien nicht in unserer Gesellschaft
50 normalisiert werden.

51
52 Dies möchten wir auch mit Verweis auf die Weimarer Republik betonen, in der
53 Konservative eingeknickt sind und es toleriert haben, dass die NSDAP in
54 Regierungsverantwortung geraten ist und letztendlich Hitler die Macht übertragen
55 haben, der ohne eigene parlamentarische Mehrheit die Demokratie in die Diktatur
56 führte und die Republik zerstörte.

57
58 Es dürfen keine Mehrheiten gezielt mit Demokratiefeinden gesucht werden, sondern
59 müssen aus der Mitte des Parlaments bzw. der Gesellschaft gebildet werden.

60
61 Wenn Abgeordnete extremistischer, menschenverachtender Parteien jubelnd im
62 Parlament sitzen, dann löst das bei uns große Sorge aus und bewegt uns zu der
63 Aufforderung, dass etwas Derartiges nicht wieder geschehen darf!

A 7 Format NEU TOP 10.6 Freiwilligendienste Rheinland-Pfalz und deutschlandweit stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

Adressat*innen:

Landesregierung

Landespolitik

Ein Freiwilligendienst, gleich ob Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder einem Bundesfreiwilligendienst (BFD), bietet Vorteile für alle Beteiligten: Freiwillige können sich persönlich und beruflich orientieren, wertvolle Erfahrungen sammeln und Anerkennung erfahren. Einsatzstellen profitieren von zusätzlicher Unterstützung und frischem Wind durch junge Menschen, die potenziell als zukünftige Fachkräfte gewonnen werden können. Für die Gesellschaft stärkt das FSJ den sozialen Zusammenhalt, indem es Begegnungen über soziale und kulturelle Grenzen hinweg ermöglicht, Berührungängste abbaut und die Demokratiefähigkeit der Beteiligten fördert.

Aus diesen Gründen tragen wir als Landesjugendring Rheinland-Pfalz den Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2020 „Freiwilligendienste jetzt stärken!“¹ voller Überzeugung mit.

Darüber hinaus fordern wir:

- **Eine gesetzliche Garantie und ein entsprechendes Recht auf auskömmliche Förderung einer jeden Vereinbarung, die zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen zustande kommt.**
- **Ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BaFög-Niveau.**
- Eine Abkehr von der politischen Diskussion um einen sozialen Pflichtdienst und die Beibehaltung der Aussetzung der Wehrpflicht.

34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76

- #freiefahrtfuerfreiwillige – Ein Angebot kostenfreier oder kostengünstiger ÖPNV-Tickets für alle Freiwilligen in Rheinland-Pfalz. Freiwillige nehmen für ihr Engagement Wege zur Einsatzstelle in Kauf, für die sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Busse und Bahnen sind die Verkehrsmittel Nr. 1 für viele Freiwillige. Freiwillige benötigen eine einfache, kostengünstige Mobilität, um ihre Dienststelle zu erreichen, Gleichgesinnte zu treffen und ihre Region zu erkunden. Ein kostenfreies oder kostengünstiges ÖPNV-Ticket stärkt zudem die öffentliche Wertschätzung ihres Engagements in Freiwilligendiensten.
- Eine Anpassung des Schulgesetzes, welche den Freiwilligendienst generell als anerkannten Grund für das Aussetzen der Schulpflicht für gültig erklärt. Derzeit ist dies nur im Rahmen eines befristeten Modellprojekts und ausschließlich in den Bereichen Pflege oder Erziehung möglich. Dieser Weg ist für die Zielgruppe unnötig kompliziert und erfordert eine jährliche, kurzfristige Genehmigung durch das Ministerium, was die Planungssicherheit für Träger erheblich erschwert. Eine dauerhafte gesetzliche Regelung ist daher dringend erforderlich.
- Die Einführung eines Informationsschreibens einer politisch verantwortlichen Person an alle angehenden Schulabgänger*innen mit Informationen und der Einladung, sich bewusst für einen Freiwilligendienst zu entscheiden.

Begründung

Freiwilligendienste im In- und Ausland sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilligendienste fördern das Einnehmen neuer Perspektiven und die Fähigkeit, sich mit gegenteiligen Meinungen auseinanderzusetzen und erhöhen die Sozialkompetenzen. Das Bewusstsein junger Menschen für den Wert von Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt wird geschärft. In den Einsatzstellen übernehmen Freiwillige Hilfstätigkeiten, die Fachkräfte entlasten. Sie treiben Projekte voran, die im Alltag aufgrund begrenzter Kapazitäten zurückgestellt werden würden. Gesellschaftlichen Fragmentierungsprozessen wird entgegengewirkt, indem sich alle jungen Menschen milieuübergreifend einbringen können. Konstitutives Element der Dienste ist die Freiwilligkeit der Teilnehmer*innen. Denn

77 nur diese motiviert zu weiterem freiwilligen Engagement.

78
79 Die Freiwilligendienste sind aus zivilgesellschaftlichen, kirchlichen Strukturen
80 hervorgegangen
81 und werden seit 1964 in gesetzlichen Strukturen geregelt. Die Dienste werden als
82 Bildungs-
83 und Orientierungsjahr durchgeführt sowie arbeitsmarktneutral und an den
84 Interessen der
85 Freiwilligen ausgerichtet gestaltet. Der Bildungs- und Orientierungscharakter
86 wird im Freiwilligendienst durch hochwertige pädagogische Begleitung gewährleistet, um die
87 Persönlichkeits-
88 entwicklung zu unterstützen.

90
91 Dabei ist für uns klar, Freiwilligendienste sind kein arbeitsmarktpolitisches
92 Instrument sind.
93 Wir setzen uns für eine angemessene pädagogische Förder- und Forderungspolitik
94 ein. Freiwillige sollen in ihren Interessen gefördert und gleichermaßen in der Arbeit
95 gefordert werden,
96 statt undankbare Aufgaben zu erledigen. Ein Freiwilligendienst ist vielmehr eine
97 Chance, den
98 Arbeitsalltag kennenzulernen und sich weiterzuentwickeln. Dies geschieht unter
99 Einhaltung
100 der Arbeitsmarktneutralität und gerahmt von qualitativ hochwertiger
101 Bildungsarbeit.

102
103
104 Noch immer ist es ein Privileg, einen Freiwilligendienst leisten zu können.
105 Freiwillige erhalten
106 für ihren Dienst kein Entgelt, sondern lediglich ein Taschengeld, das nicht
107 ausreicht, um
108 Lebenshaltungskosten zu decken. Um den Abbau von strukturellen, insbesondere
109 sozioökono-
110 mischen Barrieren in den Freiwilligendiensten voranzutreiben, bedarf es auch von
111 staatlicher
112 Seite stärkerer Unterstützung. Ein weiteres Hemmnis zur Leistung eines
113 Freiwilligendienstes
114 ist das Unwissen, wie und wo ein solcher Dienst geleistet werden kann. Offensive
115 Werbung
116 und niedrigschwellige Informationen für ein gesellschaftliches Engagement
117 überwiegend
118 junger Menschen in den Freiwilligendiensten sind notwendig, werden zurzeit
119 allerdings nicht
120 refinanziert. Gemeinsam mit einer entsprechenden Informationskampagne, einer
121 „Einladung
122 der Gesellschaft“ zu einem Freiwilligendienst, könnte die Anzahl an
123 Freiwilligendienstleistern-

124 den pro Jahrgang mindestens verdoppelt werden. Nur so wird ein freiwilliges
125 Recht auf Dienst
126 zum konkreten Gegenentwurf zu einer unsolidarischen Pflicht zum Dienst.
127
128 Junge Menschen müssen nicht zu sinnvollen Tätigkeiten gezwungen werden. Das
129 beweisen
130 jedes Jahr rund 100.000 überwiegend junge Menschen, die sich deutschlandweit in
131 einem Frei-
132 willigendienst engagieren. Ein Pflichtdienst widerspricht außerdem den
133 elementaren Freiheits-
134 und Grundrechten, die der Vorstellung eines solidarischen Miteinanders der
135 Generation zuwi-
136 derlaufen, ist paternalistisch und schränkt die Zukunftsperspektiven junger
137 Menschen ein.
138 Weiter ist er mit der derzeitigen Fassung des Grundgesetzes unvereinbar, die
139 Vereinbarkeit
140 mit der Europäischen Menschenrechtskonvention ist mindestens strittig. Ein
141 Pflichtdienst
142 wirkt im Gegensatz zum Freiwilligendienst demotivierend und kann zu
143 antriebslosem Absitzen
144 der Dienstzeit führen, was wiederum eine zusätzliche Belastung für die
145 Einsatzstellen darstellt.
146 Wer gegen den eigenen Willen zu einem Dienst an der Gesellschaft gezwungen wird,
147 ist für
148 den Rest seines Lebens eher der Überzeugung, nun genug getan zu haben, was sich
149 kontrapro-
150 duktiv auf das Ehrenamt auswirkt. Wir haben die Sorge, dass sich die
151 Arbeitsumstände und
152 pädagogische Begleitung durch einen Pflichtdienst deutlich verschlechtern
153 würden. Zudem
154 überschreiten die geschätzten Kosten für einen Pflichtdienst die geschätzten
155 Kosten für einen
156 Rechtsanspruch auf Förderung eines jeden geschlossenen
157 Freiwilligendienstvertrages um den
158 Faktor fünf bis acht.
159
160 Der Freiwilligendienst fällt in die Verantwortung der Bundespolitik, doch auch
161 das Landesmi-
162 nisterium hat eine entscheidende Rolle dabei, dieses Anliegen auf Bundesebene
163 einzubringen.
164 Gleichzeitig gibt es auf Landesebene verschiedene Stellschrauben, um die
165 Situation der
166 Freiwilligen spürbar zu verbessern. In Rheinland-Pfalz können gezielte Maßnahmen
167 ergriffen
168 werden, etwa durch bessere finanzielle Unterstützung, eine erleichterte
169 Anerkennung des
170 Freiwilligendienstes im Schulrecht oder eine stärkere Förderung von Mobilität

171 und Werbung,
172 um mehr junge Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen.

173 _____

174 ¹<https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken>